Nordrhein-Westfalen

Ehrenamtliche retten Schwimmbäder

Viele private Initiativen kümmern sich. Die kommunalen Betreiber werden bei der Personalsuche kreativ.



Das Allwetterbad in Düsseldorf-Flingern.

Foto: Andreas Bretz

VON MARIE N'GOUAN

DÜSSELDORF · Die Zahl der Vereine, die ehrenamtlich ein Schwimmbad betreiben, hat sich in den vergangenen zehn Jahren fast verdoppelt. Das teilt der Generalsekretär des Schwimmverbands NRW, Frank Rabe, auf Anfrage unserer Redaktion mit. Während es 2015 noch etwa 50 Vereine gegeben habe, seien es mittlerweile 93. „Solche Initiativen sind zwar keine Lösung für den Bäderrückgang, aber ein besserer Weg, als ein Bad komplett zu schließen", sagt Rabe.

Denn bundesweit habe sich die Zahl der Schwimmbäder seit 2001 nahezu halbiert. Damals zählte die Sportstättenstatistik der Länder 1401 Schwimmbäder,

also Frei-, Hallen- und Kombibäder. Aktuell sind es nur noch 709, zeigt das Projekt „Bäderleben“, eine Datenbank für alle Schwimm- und Bademöglichkeiten in Deutschland. Die Gründe, warum viele Bäder schließen müssen, sind vielfältig. Die Betriebskosten sind hoch, dazu kommt der Fachkräftemangel. Zudem, so Rabe, sei es in den vergangenen 40 Jahren versäumt worden, die Infrastruktur instand zu halten. Er sagt: „Der Trend ist eindeutig und wird sich in Anbetracht der finanziellen Lage der Kommunen nicht ohne die Unterstützung von Land und Bund umkehren lassen.“
Um der negativen Entwicklung entgegenzuwirken, gibt es einige Initiativen. Viele Kommunen kämpfen für den Erhalt ihres Schwimmbads. In Krefeld etwa ließ Anna Hermanns eine Schwimmhalle für ihre Schwimmschule bauen, in anderen Städten in NRW gründeten Bürgerinnen und Bürger Vereine, um Schwimmbäder vor der Schließung zu retten. Die ehrenamtlichen Initiativen übernehmen schließlich entweder die gesamte Verantwortung für ein kommunales Bad oder nur die Betriebsführung übernehmen, sodass die Kommunen weiterhin für den Erhalt und die Rahmenkosten zuständig sind.

In vielen Kommunen hält das Engagement von Vereinen schon seit Jahrzehnten an. In Düsseldorf-Kaiserswerth beispielsweise gingen schon in den 1990er-Jahren Anwohnerinnen und Anwohner gegen die Schließung ihres Freibads aus Kostengründen vor. Aus ihrer Initiative gründete sich der Verein „Flossen weg“, der das Schwimmbad seit 1997 betreibt. Auch in Rheurdt im Kreis Kleve verhinderte ein Verein das Ende eines Bades. Die „Schwimmfreunde Rheurdt“ betreiben seit nun 13 Jahren das Hallenbad mit Unterstützung der Gemeinde. Seit 2016 sind sie Eigentümer des Gebäudes.

Es gibt aber auch andere Ideen, mit denen die Situation der Bäder in NRW verbessert werden kann. So können im Winter sogenannte Traglufthallen – aufblasbare Hüllen – über Freibadbecken installiert werden, um den Besuch von Schulen, Vereinen sowie Bürgerinnen und Bürgern ganzjährig möglich zu machen. Der Schwimmverein Blau-Weiß in Bochum sowie das Freibad Friesdorf in Bonn nutzen diese Möglichkeit bereits. Auch das Freibad Dürwiß in Eschweiler macht von der Möglichkeit Gebrauch, weil das Hallenbad vor Ort bei der Hochwasserkatastrophe 2021 stark beschädigt wurde und daher abgerissen und neugebaut werden muss.

Um dem Personalmangel entgegenzuwirken, werben etwa die Köln-Bäder mit besonderen Jobvorteilen. So gibt es die Aussicht auf zwei jährliche Prämienzahlungen und ein vergünstigtes Deutschlandticket. Auch andere Badbetreiber werden bei der Mitarbeiterakquise kreativ. In Duisburg reagierte man 2024 mit dem Aufruf „Rettet die Freibadsaison“ auf einen personellen Engpass. Aufgrund der Initiative konnten dort im Sommer letztlich alle Freibäder geöffnet werden. In Leverkusen versuchte man Anfang des Jahres, mit einem Job-Speeddating, Bewerberinnen und Bewerber anzuwerben. Bei der Düsseldorfer Bädergesellschaft mussten Interessierte nur ihren Lebenslauf und Schwimmsachen einpacken und zeigen, was sie können. Eine klassische Bewerbung brauchte es nicht.

Um weitere Schließungen zu verhindern, wünscht sich Frank Rabe vom Schwimmverband Nordrhein-Westfalen aber vor allem Förderprogramme – sowohl vom Bund als auch von den Ländern – für den Erhalt, die Sanierung und den Neubau von Bädern. Denn die Kommunen schließen diese laut Rabe nicht freiwillig, sondern aus wirtschaftlichen Gründen.